

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Otto Fricke, Christian Dürr, Christoph Meyer, Bettina Stark-Watzinger, Ulla Ihnen, Karsten Klein, Michael Georg Link, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP**

### **Direkte und indirekte Förderung und Entlastung der Kommunen durch den Bund**

Die 159. Steuerschätzung aus dem November 2020 hat zum wiederholten Male gezeigt, wie stark die durch die Corona-Krise ausgelösten Einnahmeausfälle die Kommunen treffen. Allein die Gewerbesteuer ist um 22,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ([https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen\\_und\\_Steuereinnahmen/Steuerschaetzung/2020-11-12-ergebnisse-159-sitzung-steuerschaetzung-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuerschaetzung/2020-11-12-ergebnisse-159-sitzung-steuerschaetzung-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=5)). Doch bereits vor den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie befanden sich viele Kommunen in einer schwierigen Haushaltslage. Die finanziellen Disparitäten zwischen armen und reichen Kommunen stiegen trotz der guten konjunkturellen Lage und der historisch hohen Steuereinnahmen weiter an (Kommunaler Finanzreport 2019). Bei der Betrachtung der Kassenkredite, welche die summierten Defizite der Vorjahre und den finanziellen Spielraum der Kommunen wiedergeben, werden die regionalen Unterschiede deutlich. So hält René Geißler, Experte für Kommunalfinanzen bei der Bertelsmann Stiftung, fest: „Die Haushaltsprobleme sind sehr stark konzentriert. Während rund die Hälfte aller Kommunen keine Kassenkredite hat, tragen 23 Kommunen die Hälfte des bundesweiten Bestandes.“ (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/trotz-milliardeneuerschuessen-finanzkraft-der-kommunen-driftet-immer-staerker-auseinander/>)

Diese finanziellen Einschränkungen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Gerade die kommunalen Investitionstätigkeiten sind wichtig, da sie die Konjunktur ankurbeln und die regionale Wirtschaft stärken. Unter anderem aus diesen Gründen besteht ein breites Angebot von Förderprogrammen im Bundeshaushalt. In vielen Programmen beteiligt sich der Bund mit bis zu 90 Prozent und die restlichen Mittel müssen vom jeweiligen Bundesland oder der Kommune bereitgestellt werden. Jedoch scheitern die Förderprogramme

besonders in finanzschwachen Kommunen, was auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. Zunächst fehlt den finanzschwachen Kommunen das Personal und das Wissen, um die Möglichkeiten der Förderangebote zu überblicken und entsprechende Förderanträge zu stellen (<https://kommunal.de/kommunen-nutzen-foerdergelder-kaum>). Weiterhin scheitern die Projekte an der Erbringung des Eigenanteils der Kommunen. Daraus folgt, dass vor allem finanzstarke Kommunen aufgrund der höheren Personalressourcen und der Erbringung des Eigenanteils im hohen Maße von den Förderprogrammen profitieren. Damit verstärken Förderprogramme den Prozess der steigenden Kluft zwischen armen und reichen Kommunen (ebd.).

Weiterhin fällt die Unterstützung der Kommunen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich aus. Es zeigt sich damit eine hohe Abhängigkeit von den Bundesländern (<https://kommunal.de/kommunen-nutzen-foerdergelder-kaum>). Auch unter den Kommunalpolitikern wird der Aufwand für Förderprogramme kritisiert. So sagte zum Beispiel der parteilose Oberbürgermeister aus Grimma noch im Januar 2020: „Warum müssen wir für Straßenbau, für den Bau von Lampen, für Straßenreparaturen, für die Anschaffung von Feuerwehrgerätekäusern, von Feuerwehrfahrzeugen überall Fördermittel beantragen? Das sind doch Selbstverständlichkeiten! Wir reden doch nicht über das Sahnehäubchen, sondern über das tägliche Brot. Und das müssen wir uns erbetteln.“ (<https://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/investitionsstau-waerum-infrastrukturprojekte-trotz-geld-scheitern-100.html>). Vor diesem Hintergrund bedarf aus Sicht der Fragesteller die direkte und indirekte Förderung der Kommunen durch den Bund einer näheren Betrachtung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche aktuell laufenden Förderprogramme des Bundes unterstützen die Kommunen direkt?
2. Wie hoch ist der in den in Frage 1 genannten Förderprogrammen vorgeschriebene Anteil der Eigenbeteiligung der Kommunen jeweils in den Bundesländern?
3. Welche aktuell laufenden Förderprogramme des Bundes unterstützen die Kommunen indirekt?
4. Wie hoch ist der in den in Frage 2 genannten Förderprogrammen vorgeschriebene Anteil der Eigenbeteiligung der Länder jeweils?
5. Nach Kenntnis der Bundesregierung, in welchem Ausmaß übernehmen die Bundesländer den Eigenanteil der Kommunen vollständig oder anteilig (bitte pro Bundesland prozentual und absolut angeben)?
6. Nach Kenntnis der Bundesregierung, in wie vielen Fällen der aktuell laufenden Förderung wurde der Eigenanteil durch Mittel des Bundeslandes beglichen (bitte pro Bundesland prozentual und absolut angeben)?
7. Nach Kenntnis der Bundesregierung, gibt es einen Zusammenhang zwischen hohen Kassenkrediten und einem niedrigen Fördermittelabruf bei den Kommunen?
8. Nach Kenntnis der Bundesregierung, wie hoch ist durchschnittlich der Eigenanteil der Kommunen (bitte die Informationen pro Bundesland angeben)?
9. Wie hoch ist der personelle und zeitliche Aufwand der Bundesregierung als Fördermittelgeber bei der Bewertung und Verwaltung der Fördermitelanträge (bitte nach Ressort getrennt angeben)?

10. Hat die Bundesregierung Kenntnis, wie hoch der personelle und zeitliche Aufwand der Fördermittelnnehmer zur Antragstellung ist (bitte die Informationen pro Bundesland angeben)?
11. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die finanzschwachen Kommunen bei der Beantragung von Fördermitteln zu unterstützen?

Berlin, den 25. November 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

